

Bundeswehr noch 2010 aus Afghanistan abziehen!

Mehr als acht Jahre dauert der Einsatz der NATO in Afghanistan unter Beteiligung der Bundeswehr an. Immer deutlicher offenbart sich die Grausamkeit des Krieges, den die NATO und die Bundeswehr dort führen - nicht zuletzt durch das Massaker von Kunduz im September 2009, als auf Befehl eines deutschen Oberst bis zu 140 Menschen bei einem Bombardement gezielt getötet wurden. Aber der Bombenangriff von Kunduz ist nur die Spitze des Eisberges. Der Krieg in Afghanistan bedeutet tagtäglich Zerstörung und Sterben. Allein im Jahr 2009 sind laut UNO über 2400 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen getötet worden.

Bislang hat der Bundeswehreinsatz die deutschen Steuerzahler über vier Milliarden Euro gekostet. Allein für das Jahr 2010 bewilligt die Bundesregierung für den militärischen Einsatz am Hindukusch erneut 784 Millionen Euro. Diese Gelder fehlen für den Wiederaufbau in Afghanistan. Nach wie vor ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Welt. Viele Afghaninnen und Afghanen haben von der internationalen Unterstützung nichts gesehen. Sie leben immer noch ohne Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Strom.

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer. Die Vermischung von militärischem und zivilem Engagement gefährdet die Arbeit der Entwicklungsorganisationen. Weil man sie als Teil der Besatzung wahrnimmt, werden ihre Mitarbeiter zu Angriffszielen. Entwicklungsorganisationen selbst lehnen es ab, unter den Schirm der Bundeswehr gestellt zu werden.

Afghanistan braucht Hilfe beim zivilen Wiederaufbau und Unterstützung für einen Friedensprozess. Afghanistan benötigt keine Besatzungsarmeen, durch die der Krieg immer weiter eskaliert und die den Weg zum Frieden verbauen. Noch in diesem Jahr muss der letzte Bundeswehrsoldat Afghanistan verlassen haben.

DIE LINKE fordert:

- Deutschland soll umgehend den Abzug der Bundeswehr in die Wege leiten.
- Die Bundesregierung darf keine neuen Truppen zusagen.
- Aufbauhilfe soll nicht an militärstrategischen Erwägungen, sondern am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden.
- Die zivile Aufbauhilfe für Afghanistan muss drastisch erhöht werden - auf das Niveau der heutigen Besatzungskosten.
- Statt die korrupte Karsai-Regierung zu stützen und mit Kriegsverbrechern zusammenzuarbeiten, müssen demokratische Kräfte unterstützt werden.
- Verhandlungen unter Beteiligung aller Kriegsparteien, aller gesellschaftlichen Kräfte und der Nachbarstaaten müssen initiiert werden.
- Im Untersuchungsausschuss zu Kunduz müssen die Lügen und Vertuschungsversuche der Bundesregierung aufgedeckt werden. Die Bundesregierung muss zu ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern stehen und öffentlich Trauer bekunden.

DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei im Bundestag.



www.linksfraktion.de/2010rausausafghanistan

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G